

No. 38961

**Austria
and
Slovakia**

Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Slovak Republic on the readmission of persons with illegal stay (Readmission Agreement) (with protocol). Vienna, 20 June 2002

Entry into force: *1 October 2002 by notification, in accordance with article 15*

Authentic texts: *German and Slovak*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Austria, 4 November 2002*

**Autriche
et
Slovaquie**

Accord entre le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République slovaque concernant la réadmission des personnes sans autorisation de séjour (Accord de réadmission) (avec protocole). Vienne, 20 juin 2002

Entrée en vigueur : *1er octobre 2002 par notification, conformément à l'article 15*

Textes authentiques : *allemand et slovaque*

Euregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Autriche, 4 novembre 2002*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen der Österreichischen Bundesregierung
und
der Regierung der Slowakischen Republik
über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt
(Rückübernahmeabkommen)**

Die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Slowakischen Republik, im weiteren Vertragsparteien genannt.

ausgehend von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten und ihren Völkern,

in der Absicht, der illegalen Zuwanderung im Geiste der europäischen Anstrengungen entgegen zu treten,

von dem Bestreben geleitet, die Übernahme von Personen, die illegal eingereist sind oder sich illegal auf dem Gebiet der anderen Vertragspartei aufhalten, und die Durchbeförderung von Personen im Einklang mit allgemeinen völkerrechtlichen Normen und im Geiste der Zusammenarbeit zu erleichtern, haben Folgendes vereinbart:

**Abschnitt I
Übernahme eigener Staatsangehöriger**

Artikel 1

(1) Jede Vertragspartei übernimmt formlos die Person, die im Gebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, dass sie die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzt. Das gleiche gilt für Personen, die nach der Einreise in das Gebiet der ersuchenden Vertragspartei die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei verloren haben, ohne zumindest eine Einbürgerungszusicherung seitens der ersuchenden Vertragspartei erhalten zu haben.

(2) Die ersuchende Vertragspartei nimmt diese Person unter denselben Voraussetzungen wieder zurück, wenn die Nachprüfung innerhalb von sechs Monaten ergibt, dass sie zum Zeitpunkt der Ausreise aus dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei nicht die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt haben.

Artikel 2

(1) Falls die Staatsangehörigkeit nicht entsprechend Artikel 1 Absatz 1 festgestellt werden kann, wird die diplomatische Mission oder konsularische Vertretung jener Vertragspartei, deren Staatsangehörigkeit die Person vermutlich besitzt, diese auf Ersuchen klarstellen und erforderlichenfalls ein Ersatzreisedokument zur Verfügung stellen.

(2) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gerichteten Ersuchen gemäß Absatz 1 unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 14 Tagen. Stellt die ersuchte Vertragspartei die Staatsangehörigkeit fest, so stellt sie das allenfalls erforderliche Ersatzreisedokument unverzüglich aus. Lässt sich die Staatsangehörigkeit nicht nachweisen, so wird dies der ersuchenden Vertragspartei unverzüglich mitgeteilt.

(3) Die Rückkehr erfolgt unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 30 Tagen nach Feststellung der Staatsangehörigkeit. Diese Frist wird auf Ersuchen der ersuchenden Vertragspartei für die Dauer rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse weiter verlängert. Die ersuchende Vertragspartei informiert die ersuchte Vertragspartei unverzüglich über den Wegfall dieser Hindernisse.

Artikel 3

Die Übergabe einer Person, die wegen ihres Alters, Gesundheitszustandes oder aus anderen schwerwiegenden Gründen besonderer Pflege bedarf oder bei der besondere Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen erforderlich sind, wird der zuständigen Stelle jener Vertragspartei, deren

Staatsangehörigkeit die Person besitzt, mindestens eine Woche vorher unter Angabe des Ortes und des Zeitpunkts der Übergabe angekündigt, damit diese Vertragspartei die notwendigen Maßnahmen zur Übernahme der Person treffen kann.

Abschnitt II

Übernahme von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen

Artikel 4

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei Drittstaatsangehörige oder Staatenlose, welche die auf dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei gültigen Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllen, sofern nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, dass diese Personen in ihr Gebiet aus dem Gebiet der ersuchten Vertragspartei eingereist sind, nachdem sie sich auf dem Gebiet der ersuchten Vertragspartei aufgehalten haben oder durch jenes durchgereist sind.

(2) Jede Vertragspartei übernimmt nach vorheriger Ankündigung durch die andere Vertragspartei formlos einen Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen innerhalb von sieben Tagen nach der rechtswidrigen Einreise. Lehnt die ersuchte Vertragspartei die formlose Rückübernahme ab, kann die Übernahme nach Absatz 1 beantragt werden.

(3) Die Verpflichtung zur Übernahme gemäß den Absätzen 1 und 2 besteht nicht für:

- a) Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, die bei ihrer Einreise aus dem Gebiet der ersuchten Vertragspartei in das Gebiet der ersuchenden Vertragspartei im Besitz eines gültigen Visums oder eines anderen gültigen Aufenthaltstitels dieser Vertragspartei waren oder denen bei oder nach ihrer Einreise ein Visum oder ein anderer Aufenthaltstitel durch diese Vertragspartei ausgestellt wurde, es sei denn, dass diese Personen Visa oder andere Aufenthaltstitel besitzen, die von der ersuchten Vertragspartei ausgestellt wurden und die länger gültig sind als jene der ersuchenden Vertragspartei;
- b) Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, denen die ersuchende Vertragspartei entweder den Flüchtlingsstatus gemäß der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, abgeändert durch das Protokoll von New York vom 31. Jänner 1967, oder den Status von Staatenlosen gemäß der Konvention von New York vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen zuerkannt hat;
- c) Staatsangehörige eines Nachbarstaates der ersuchenden Vertragspartei und Staatsangehörige dritter Staaten oder Staatenlose, die in einem solchen Staat zum dauernden Aufenthalt berechtigt sind, sofern die Ausreise in diesen Staat möglich ist.

Artikel 5

Als Aufenthaltstitel im Sinne dieses Rückübernahmeabkommens gilt jede von einer Vertragspartei ausgestellte Erlaubnis jeder Art, die zum Aufenthalt in deren Gebiet berechtigt. Hiezu zählt nicht die befristete Zulassung zum Aufenthalt im Gebiet einer der Vertragsparteien im Hinblick auf die Behandlung eines Asylbegehrens.

Artikel 6

(1) Der Antrag auf Übernahme gemäß Artikel 4 Absatz 1 muss innerhalb von 12 Monaten ab Feststellung der rechtswidrigen Einreise oder des rechtswidrigen Aufenthalts des Drittstaatsangehörigen oder des Staatenlosen auf dem Gebiet der ersuchenden Vertragspartei gestellt werden.

(2) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gerichteten Übernahmeanträge unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 14 Tagen. Lehnt die ersuchte Vertragspartei die Übernahme ab, so wird sie der ersuchenden Vertragspartei die Ablehnungsgründe mitteilen.

(3) Die zuständigen Stellen der Vertragsparteien verständigen einander schriftlich im voraus über Ort und Zeitpunkt der Übernahme.

(4) Die Übernahme des Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen erfolgt unverzüglich, längstens jedoch innerhalb von 3 Monaten, nachdem die ersuchte Vertragspartei der Übernahme zugestimmt hat. Diese Frist wird auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei für die Dauer rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse verlängert.

Artikel 7

Die ersuchende Vertragspartei nimmt einen Drittstaatsangehörigen oder einen Staatenlosen innerhalb von 30 Tagen zurück, wenn die ersuchte Vertragspartei nach der Übernahme feststellt, dass die Voraussetzungen nach Artikel 4 nicht vorgelegen haben.

Abschnitt III Durchbeförderung

Artikel 8

(1) Jede Vertragspartei übernimmt die polizeiliche Durchbeförderung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen, wenn die andere Vertragspartei darum ersucht und die Übernahme durch den Zielstaat und die Weiterreise durch allfällige weitere Durchbeförderungsstaaten sichergestellt ist.

(2) Die Durchbeförderung wird nicht beantragt und kann abgelehnt werden, wenn die Person im Zielstaat oder in einem allfälligen weiteren Durchbeförderungsstaat Gefahr läuft, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe oder der Todesstrafe unterworfen zu werden, oder in ihrem Leben oder ihrer Freiheit aus Gründen ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder ihrer politischen Ansichten bedroht wäre. Die Durchbeförderung kann weiters abgelehnt werden, wenn der Drittstaatsangehörige im ersuchten Staat strafgerichtlich verfolgt werden müsste oder ihm im Zielstaat oder in einem allfälligen weiteren Durchbeförderungsstaat strafgerichtliche Verfolgung droht.

(3) Lehnt die ersuchte Vertragspartei das Ersuchen um Durchbeförderung mangels Vorliegens der erforderlichen Voraussetzungen ab, so wird sie der ersuchenden Vertragspartei die Ablehnungsgründe mitteilen.

(4) Ein Transitvisum der ersuchten Vertragspartei ist nicht erforderlich.

(5) Zur Durchbeförderung übernommene Personen können an die andere Vertragspartei zurückgegeben werden, wenn nachträglich Tatsachen im Sinne des Absatzes 2 eintreten oder bekannt werden, die einer Durchbeförderung entgegenstehen oder wenn die Weiterreise oder die Übernahme durch den Zielstaat nicht mehr gesichert ist.

Abschnitt IV

Begleitung

Artikel 9

(1) Sofern die Beförderung von Personen, die gemäß den Artikeln 3 oder 4 übernommen oder gemäß Artikel 8 durchbefördert werden, unter Begleitung erfolgen soll, wird die ersuchte Vertragspartei von der ersuchenden Vertragspartei hievon in Kenntnis gesetzt.

(2) Die Begleitung bis zur Übergabe der Person an die ersuchte Vertragspartei wird grundsätzlich von der ersuchenden Vertragspartei beigestellt.

(3) Erfolgt die Beförderung von Personen, die gemäß Artikel 8 durchbefördert werden, unter Begleitung des Personals der ersuchenden Vertragspartei, so überwacht die ersuchte Vertragspartei im Fall der Durchbeförderung auf dem Landweg diese Durchbeförderung ab der gemeinsamen Staatsgrenze und im Fall der Durchbeförderung auf dem Luftweg die Zwischenlandung auf ihrem Flughafen.

(4) Das Begleitpersonal der ersuchenden Vertragspartei darf die internationale Zone des Flughafens der ersuchten Vertragspartei nicht verlassen.

**Abschnitt V
Kosten**

Artikel 10

Alle mit der Übernahme gemäß den Artikeln 1, 3 und 4 zusammenhängenden Kosten bis zur gemeinsamen Grenze sowie die Kosten der Durchbeförderung gemäß Artikel 8 trägt die ersuchende Vertragspartei. Das gleiche gilt für die Fälle der Rückübernahme gemäß Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 7.

**Abschnitt VI
Datenschutz**

Artikel 11

(1) Soweit für die Durchführung dieses Abkommens personenbezogene Daten zu übermitteln sind, dürfen diese Informationen ausschließlich betreffen:

- a) die Personalien der zu übergebenden Person und gegebenenfalls der Angehörigen (Name, Vorname, gegebenenfalls früherer Name, Beinamen oder Pseudonyme, Aliasnamen, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, derzeitige und gegebenenfalls frühere Staatsangehörigkeit);
- b) den Reisepass, den Personalausweis, sonstige Identitäts- und Reisedokumente und Passierscheine (Nummer, Gültigkeitsdauer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungsort usw.);
- c) sonstige zur Identifizierung der zu übergebenden Personen erforderliche Angaben;
- d) die Aufenthaltsorte und Reisewege;
- e) die ausgestellten Aufenthaltstitel oder Visa;
- f) allenfalls vorhandenes erkennungsdienstliches Material, das für die Prüfung der Übernahmevoraussetzungen nach diesem Abkommen von Belang sein könnte.

(2) Soweit personenbezogene Daten im Rahmen dieses Abkommens übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermittelnde Behörde vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.
- b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Behörde auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Die übermittelnde Behörde ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist es sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- e) Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die Übermittlung von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- f) Die übermittelnde und die empfangende Behörde sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- g) Übermittelte Daten, die von der übermittelnden Behörde gelöscht werden, sind binnen 6 Monaten auch vom Empfänger zu löschen.

Abschnitt VII
Durchführungsbestimmungen

Artikel 12

Die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen weiteren Regelungen über

- a) die Art und Weise der gegenseitigen Verständigung und die praktische Vorgangsweise.
- b) die Angaben, die in den Übernahme- und Durchbeförderungsanträgen enthalten sein müssen,
- c) die Unterlagen und Beweismittel bzw. Mittel zur Glaubhaftmachung, die zur Übernahme erforderlich sind, und die Wertigkeit dieser Mittel,
- d) die für die Durchführung dieses Abkommens zuständigen Stellen,
- e) die Kostenregelung und
- f) die Abhaltung von Expertengesprächen

werden in einem Protokoll zur Durchführung dieses Abkommens vereinbart.

Abschnitt VIII
Schlussbestimmungen

Artikel 13

Die Vertragsparteien unterstützen einander bei der Anwendung und Auslegung dieses Abkommens und des Durchführungsprotokolls. Streitigkeiten, die aus der Anwendung und der Interpretation dieses Abkommens entstehen könnten, werden auf diplomatischem Weg beigelegt werden.

Artikel 14

Die Bestimmungen dieses Abkommens lassen die Verpflichtungen der Vertragsparteien aus der Anwendung anderer völkerrechtlicher Abkommen unberührt.

Artikel 15

(1) Dieses Abkommen tritt 60 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander auf diplomatischem Weg mitgeteilt haben, dass ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Übernahme von Personen an der gemeinsamen Grenze, unterzeichnet in Prag am 26.8.1991, im gegenseitigen Verhältnis zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Slowakischen Republik außer Kraft.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann in beiderseitigem Einvernehmen geändert oder ergänzt werden.

(2) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. Das Abkommen tritt 30 Tage nach dem Tag der Zustellung der Kündigung an die andere Vertragspartei außer Kraft.

(3) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung oder Gesundheit suspendieren. Die Suspendierung, die auf diplomatischem Weg zu erfolgen hat, tritt mit Einlangen der Notifikation bei der anderen Vertragspartei in Kraft.

Geschehen zu Wien am 20. Juni 2002 in zwei Urschriften in deutscher und slowakischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

**Für die
Österreichische Bundesregierung:
Strasser m.p.**

**Für die
Regierung der Slowakischen Republik:
Simko m.p.**

**Protokoll
zur Durchführung des
Abkommens
zwischen der Österreichischen Bundesregierung
und
der Regierung der Slowakischen Republik
über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt
(Rückübernahmeabkommen)**

Auf Grundlage von Artikel 12 des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Slowakischen Republik über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (in der Folge Rückübernahmeabkommen) haben die Österreichische Bundesregierung und die Regierung der Slowakischen Republik Folgendes vereinbart:

I

Zu Artikel 1

(1) Der Nachweis der Staatsangehörigkeit oder der früheren Staatsangehörigkeit kann geführt werden durch:

- Staatsbürgerschaftsurkunden
- Pässe aller Art (Nationalpässe, Sammelpässe, Diplomatenpässe, Dienstpässe, Passersatzpapiere);
- Personalausweise;
- Wehrpässe und Militärausweise;
- amtlich ausgestellte Dokumente, aus denen sich die Staatsangehörigkeit ergibt.

(2) Bei der Vorlage der in Absatz 1 genannten gültigen Nachweise wird die Staatsangehörigkeit als nachgewiesen betrachtet, ohne dass es weiterer Erhebungen bedarf.

(3) Die Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit kann insbesondere erfolgen durch:

- Kopien der unter Absatz 1 genannten Nachweismittel;
- Führerscheine;
- Geburtsurkunden;
- Seefahrtsbücher und Schifferausweise;
- Kopien der genannten Dokumente;
- überprüfbare Zeugenaussagen;
- eigene überprüfbare Angaben des Betroffenen;
- die Sprache des Betroffenen.

(4) Für den Fall der Glaubhaftmachung gilt die Staatsangehörigkeit unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

(5) Die in den Absätzen 1 und 3 angeführten Dokumente genügen auch dann als Nachweis oder Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit, wenn sie durch Zeitablauf ungültig geworden sind.

(6) Nimmt die ersuchende Vertragspartei eine Person wieder zurück, weil nachträglich festgestellt wurde, dass sie nicht im Besitz der Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei war, so muss diese alle Dokumente dieser Person der ersuchenden Vertragspartei retournieren.

II

Zu Artikel 2 Absatz 1

Das Ersuchen um Feststellung der Staatsangehörigkeit muss, abgesehen von den Personaldaten, erforderlichenfalls folgende Angaben enthalten:

- die für die Feststellung der Staatsangehörigkeit notwendigen Informationen;
- Hinweise auf eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person mit deren Einverständnis;
- sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen.

III

Zu Artikel 4 Absatz 1

(1) Der Antrag auf Übernahme muss Angaben über die Nachweis- oder Glaubhaftmachungsmittel für den Aufenthalt auf dem Staatsgebiet der ersuchten Vertragspartei oder die Durchreise durch dieses und, soweit möglich, die folgenden weiteren Angaben enthalten:

- die Personalien der zu übergebenden Person (Vor- und Familiennamen, frühere Namen, Aliasnamen, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, letzter Wohnort im Herkunftsstaat);
- die Personaldokumente (insbesondere Art, Nummer, Ausstellungsort, -datum und -behörde, Gültigkeitsdauer);
- Tag, Ort und Art der rechtswidrigen Einreise;
- Angaben zum rechtswidrigen Aufenthalt;
- eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der zu übergebenden Person mit deren Einverständnis;
- etwaige sonstige im Einzelfall bei der Übergabe erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen und im Falle der Begleitung Angaben zu den Begleitpersonen;
- Sprachkenntnisse der zu übergebenden Person, insbesondere die Notwendigkeit der Hinzuziehung eines Dolmetschers;
- Zeit und Ort der beabsichtigten Übergabe.

(2) Der Aufenthalt auf dem Gebiet der ersuchten Vertragspartei oder die Durchreise durch dieses wird nachgewiesen durch:

- ein gültiges oder ein seit weniger als einem Jahr abgelaufenes Visum oder einen gültigen oder einen seit weniger als einem Jahr abgelaufenen anderen Aufenthaltstitel der ersuchten Vertragspartei;
- einen Einreise- oder Ausreisestempel der ersuchten Vertragspartei, auch wenn sich dieser in einem ge- oder verfälschten Reisedokument befindet;
- Flugtickets, Bescheinigungen und Rechnungen, die eindeutig den Aufenthalt der Person auf dem Gebiet der ersuchten Vertragspartei belegen;

- **Sonstige Vermerke der ersuchten Vertragspartei in Reisedokumenten, die Hinweise auf den Aufenthalt geben.**

Ein in dieser Weise erfolgter Nachweis wird unter den Vertragsparteien als verbindlich anerkannt, ohne dass weitere Erhebungen durchgeführt werden.

(3) Der Aufenthalt auf dem Staatsgebiet der ersuchten Vertragspartei oder die Durchreise durch dieses wird glaubhaft gemacht durch:

- ein gültiges oder ein seit mehr als einem Jahr abgelaufenes Visum oder einen gültigen oder einen seit mehr als einem Jahr abgelaufenen anderen Aufenthaltstitel der ersuchten Vertragspartei;
- Fahrkarten und sonstige Belege, die in sachlichem und zeitlichem Zusammenhang mit dem vermutlichen Aufenthalt auf dem Staatsgebiet der ersuchten Vertragspartei stehen;
- glaubhafte Zeugenaussagen in Verbindung mit einer behördlichen Niederschrift;
- glaubhafte Aussagen des Betroffenen in Verbindung mit einer behördlichen Niederschrift.

Eine in dieser Weise erfolgte Glaubhaftmachung gilt zwischen den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.

(4) Die Vertragsparteien geben einander die für die Stellung und Erledigung von Anträgen auf Übernahme zuständigen Behörden bekannt. Derzeit sind dafür folgende Behörden zuständig:

- auf österreichischer Seite:
**Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich
Landstraßer Hauptstraße 148a
A-1030 Wien**
- auf slowakischer Seite:
**Abteilung der Grenz- und Fremdenpolizei Bratislava
Spitalska 14
812 28 Bratislava**

(5) Für die Lösung von Streitfällen in Übernahmeangelegenheiten sind derzeit zuständig:

- auf österreichischer Seite:
**Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/16
Postfach 100
A-1014 Wien**
- auf slowakischer Seite:
**Amt der Grenz- und Fremdenpolizei des Präsidiums des Polizeikorps
Vajnorska 25
812 72 Bratislava**

(6) Für die Stellung und Erledigung von Anträgen werden die Vertragsparteien einvernehmlich ausgearbeitete Formulare verwenden, deren Inhalt von den Experten der beiden Vertragsparteien vereinbart wird.

(7) Die Übernahme von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen erfolgt an folgenden Grenzübergängen:

- **Berg – Petržalka**
- **Kittsee – Jarovce (Autobahn)**

IV

Zu Artikel 4 Absatz 2

Die formlose Übernahme erfolgt nach vorheriger Ankündigung direkt zwischen den im Abschnitt III Absatz 7 genannten Grenzübergangsstellen.

V

Zu Artikel 6

(1) Die Übergabe erfolgt an dem zwischen den Vertragsparteien vereinbarten Ort zum vereinbarten Zeitpunkt.

(2) Im Falle der Fristverlängerung infolge rechtlicher oder tatsächlicher Hindernisse unterrichtet die ersuchende Vertragspartei unter Angabe des beabsichtigten Übergabeortes und des Überstellungstermins die ersuchte Vertragspartei unverzüglich über den Wegfall dieser Hindernisse.

(3) Die erfolgte Übergabe wird in einem Rückübernahmeprotokoll festgehalten.

VI

Zu Artikel 7

Nimmt die ersuchende Vertragspartei auf begründeten Antrag der ersuchten Vertragspartei eine Person wieder zurück, weil nachträglich festgestellt wurde, dass die Übernahmevoraussetzungen nicht vorlagen, so müssen alle Dokumente dieser Person der ersuchenden Vertragspartei retourniert werden.

VII

Zu Artikel 8

(1) Der Antrag auf Durchbeförderung muss, soweit möglich, die folgenden Angaben enthalten:

- die Personalien der durchzubefördernden Person (insbesondere Vor- und Familiennamen, frühere Namen, Aliasnamen, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, letzter Wohnort im Herkunftsstaat;
- die Personalsdokumente (insbesondere Art, Nummer und Gültigkeitsdauer);
- die Erklärung, dass die Voraussetzungen gemäß Artikel 8 Absatz 1 des Rückübernahmeabkommens erfüllt sind und keine Ablehnungsgründe gemäß Artikel 8 Absatz 2 des Rückübernahmeabkommens bekannt sind;
- eine etwaige auf Krankheit oder Alter beruhende besondere Hilfs-, Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit der durchzubefördernden Person mit deren Einverständnis;
- etwaige sonstige im Einzelfall erforderliche Schutz- oder Sicherheitsmaßnahmen; im Falle der Begleitung Angaben zu den Begleitpersonen;
- Datum, Zeit und Ort der Durchbeförderung sowie die weitere Durchbeförderungsrouten.

(2) Die ersuchte Vertragspartei benachrichtigt die ersuchende Vertragspartei unter Bestätigung des Datums, der Zeit und des Ortes unverzüglich über die Übernahme zur Durchbeförderung oder über die Ablehnung der Übernahme und die Gründe der Ablehnung.

(3) Die erfolgte Übergabe bzw. die Überwachung der Zwischenlandung wird in einem Protokoll festgehalten.

(4) Die Vertragsparteien geben einander die für die Stellung und Erledigung von Anträgen auf Durchbeförderung zuständigen Stellen bekannt. Derzeit sind dafür folgende Stellen zuständig:

- auf österreichischer Seite:
Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/16,

Postfach 100
A-1014 Wien

- auf slowakischer Seite:
Amt der Grenz- und Fremdenpolizei
des Präsidiums des Polizeikorps
Vajnorska 25
812 72 Bratislava

(5) Für die Stellung und Erledigung von Anträgen werden die Vertragsparteien einvernehmlich ausgearbeitete Formulare verwenden, deren Inhalt von den Experten der beiden Vertragsparteien vereinbart wird.

VIII

Zu Artikel 10

Die Kosten werden an das Innenministerium der ersuchten Vertragspartei innerhalb von 60 Tagen ab Erhalt der Rechnung überwiesen.

IX

Expertengespräche

Zwischen Experten der beiden Vertragsparteien werden nach Bedarf Gespräche, insbesondere über die Anwendung des Rückübernahmeabkommens und dieses Protokolls sowie über allfällige Änderungen dieser Vereinbarung abgehalten werden. Zeit und Ort solcher Gespräche werden jeweils einvernehmlich festgelegt.

X

Schlussbestimmungen

(1) Das vorliegende Protokoll tritt gleichzeitig mit dem Rückübernahmeabkommen in Kraft. Es kann im gegenseitigen Einvernehmen jederzeit geändert werden.

(2) Im Falle des Außerkrafttretens des Rückübernahmeabkommens tritt gleichzeitig auch dieses Protokoll außer Kraft.

Geschehen zu Wien am 20. Juni 2002 in zwei Urschriften in deutscher und slowakischer Sprache, wobei beide Texte authentisch sind.

Für die

Österreichische Bundesregierung:

Strasser m.p.

Für die

Regierung der Slowakischen Republik:

Šimko m.p.

[SLOVAK TEXT — TEXTE SLOVAQUE]

DOHODA

medzi spolkovou vládou Rakúskej republiky a vládou Slovenskej republiky o readmisii osôb s neoprávneným pobytom (readmisná dohoda)

Spolková vláda Rakúskej republiky
a
vláda Slovenskej republiky

(ďalej len „zmluvné strany“), vychádzajúc z priateľských vzťahov medzi oboma štátmi a ich národmi,

s úmyslom postaviť sa proti nelegálnemu prisťahovalectvu v duchu európskych snážení,

vedené snahou uľahčiť preberanie osôb, ktoré nelegálne vstúpia na územie druhej zmluvnej strany alebo sa na ňom nelegálne zdržiavajú a prevoz osôb v súlade so všeobecnými medzinárodnoprávnymi normami a v duchu vzájomnej spolupráce,

dohodli sa t a k t o :

Kapitola I.

Prijímanie vlastných štátnych občanov

Článok 1

(1) Každá zmluvná strana prevezme neformálne osobu, ktorá na území štátu žiadajúcej zmluvnej strany nespĺňa alebo prestala spĺňať platné podmienky na vstup alebo pobyt, ak je dokázané alebo hodnoverne preukázané, že táto osoba má štátne občianstvo štátu požiadanej zmluvnej strany. To isté platí pre osoby, ktoré stratili po vstupe na územie štátu žiadajúcej zmluvnej strany štátne občianstvo požiadanej zmluvnej strany bez toho, aby obdržali aspoň príslub udelenia štátneho občianstva zo strany štátu žiadajúcej zmluvnej strany.

(2) Žiadajúca zmluvná strana za rovnakých podmienok prevezme túto osobu späť, ak sa dodatočne v priebehu šiestich (6) mesiacov zistí, že v čase vycestovania z územia štátu žiadajúcej zmluvnej strany nespĺňala podmienky podľa odseku 1.

Článok 2

(1) Ak sa štátne občianstvo osoby nedá zistiť podľa článku 1 odseku 1, zistí ho na žiadosť diplomatická misia alebo konzulárne zastúpenie štátu tej zmluvnej strany, ktorej štátne občianstvo osoba pravdepodobne má, a ak to bude potrebné, vydá náhradný cestovný doklad.

(2) Požiadaná zmluvná strana odpovie na žiadosť podľa odseku 1 bezodkladne, najneskôr do štrnástich (14) dní. Ak požiadaná zmluvná strana zistí štátne občianstvo osoby, vydá bezodkladne, ak to bude potrebné, náhradný cestovný doklad. Ak sa štátne občianstvo nepotvrdí, požiadaná zmluvná strana oznámi túto skutočnosť bezodkladne žiadajúcej zmluvnej strane.

(3) Návrat osoby sa uskutoční bezodkladne, avšak najneskôr do tridsiatich (30) dní odo dňa zistenia štátneho občianstva. Túto lehotu možno na žiadosť žiadajúcej zmluvnej strany predĺžiť počas trvania právnych alebo vecných prekážok. Žiadajúca zmluvná strana bezodkladne informuje požiadajúcu zmluvnú stranu o odstránení týchto prekážok.

Článok 3

Ak si odovzdanie osoby vyžaduje z dôvodu jej veku, zdravotného stavu alebo z iných závažných dôvodov ochranné alebo bezpečnostné opatrenia, žiadajúca zmluvná strana to oznámi príslušnému orgánu tej zmluvnej strany, ktorej je odovzdávaná osoba štátnym občanom minimálne týždeň vopred, s uvedením miesta a času odovzdania, aby táto zmluvná strana mohla podniknúť potrebné opatrenia na prevzatie tejto osoby.

Kapitola II.

Preberanie štátnych občanov tretích štátov a osôb bez štátnej príslušnosti

Článok 4

(1) Každá zmluvná strana prevezme na žiadosť druhej zmluvnej strany štátnych občanov tretích štátov alebo osoby bez štátnej príslušnosti, ktoré na území štátu žiadajúcej zmluvnej strany nespĺňajú alebo prestali spĺňať platné podmienky na vstup alebo pobyt, pokiaľ je dokázané alebo hodnoverne preukázané, že tieto osoby vstúpili na územie jej štátu z územia štátu požiadanej zmluvnej strany, potom ako sa zdržali na území štátu požiadanej zmluvnej strany alebo prešli územím jej štátu.

(2) Každá zmluvná strana prevezme neformálne, po predchádzajúcom oznámení druhej zmluvnej strany, do siedmich (7) dní odo dňa neoprávneného vstupu štátneho občana tretieho štátu alebo osobu bez štátnej príslušnosti. Ak požiadaná zmluvná strana odmietne neformálne prevzatie osoby, možno požiadať o prevzatie osoby podľa ods. 1.

(3) Povinnosť na prevzatie podľa odsekov 1 a 2 sa nevzťahuje na:

- a) štátnych občanov tretích štátov alebo osoby bez štátnej príslušnosti, ktoré pri svojom výstupe z územia štátu požiadanej zmluvnej strany a vstupe na územie štátu žiadajúcej zmluvnej strany mali platné vízum alebo iné platné povolenie na pobyt tejto zmluvnej strany, alebo ktorým pri ich vstupe alebo po ich vstupe bolo vydané vízum alebo iné platné povolenie na pobyt touto zmluvnou stranou, iba ak by tieto osoby mali vízum alebo iné platné povolenie na pobyt, ktoré vystavila požiadaná zmluvná strana a ktorých platnosť je dlhšia ako platnosť víza alebo iného povolenia vydaného žiadajúcou zmluvnou stranou,

- b) štátnych občanov tretích štátov alebo osoby bez štátnej príslušnosti, ktorým žiadajúca zmluvná strana priznala buď štatút utečenca podľa Dohovoru o právnom postavení utečencov zo Ženevy z 28. júla 1951, doplneného Protokolom z New Yorku z 31. januára 1967, alebo štatút osôb bez štátnej príslušnosti podľa Dohovoru z New Yorku z 28. septembra 1954 o právnom postavení osôb bez štátnej príslušnosti,
- c) štátnych občanov susedného štátu žiadajúcej zmluvnej strany, štátnych občanov tretích štátov alebo osôb bez štátnej príslušnosti, ktorí majú v štáte žiadajúcej zmluvnej strany povolenie na trvalý pobyt, pokiaľ je vycestovanie do tohto štátu možné.

Článok 5

Povolením na pobyt podľa tejto readmisnej dohody sa rozumie každé povolenie vydané jednou zmluvnou stranou, ktoré oprávňuje na pobyt na území jej štátu. Nepatrí sem časovo obmedzené povolenie na pobyt na území štátu jednej zo zmluvných strán s prihliadnutím na realizáciu žiadosti o azyl.

Článok 6

(1) Žiadosť o prevzatie podľa článku 4 odseku 1 sa musí podať do dvanástich (12) mesiacov od zistenia neoprávneného vstupu alebo neoprávneného pobytu štátneho občana tretieho štátu alebo osoby bez štátnej príslušnosti na území štátu žiadajúcej zmluvnej strany.

(2) Požiadaná zmluvná strana odpovie na žiadosť o prevzatie bezodkladne, najneskôr však do štrnástich (14) dní. Ak požiadaná strana odmietne prevzatie, oznámi dôvody odmietnutia žiadajúcej zmluvnej strane.

(3) Príslušné orgány štátov zmluvných strán sa vopred navzájom písomne informujú o mieste a čase prevzatia osoby.

(4) Prevzatie štátneho občana tretieho štátu alebo osoby bez štátnej príslušnosti sa uskutoční bezodkladne, avšak najneskôr do troch (3) mesiacov po súhlase požiadanej zmluvnej strany s prevzatím. Túto lehotu možno predĺžiť na žiadosť žiadajúcej zmluvnej strany počas trvania právnych alebo vecných prekážok.

Článok 7

Žiadajúca zmluvná strana prevezme do tridsiatich (30) dní späť štátneho občana tretieho štátu alebo osobu bez štátnej príslušnosti, ak požiadaná zmluvná strana po prevzatí zistí, že nie sú splnené podmienky na prevzatie osoby podľa článku 4.

Kapitola III.

Prevoz

Článok 8

(1) Každá zmluvná strana zabezpečí policajný prevoz štátnych občanov tretích štátov alebo osôb bez štátnej príslušnosti, ak o to požiadá druhá zmluvná strana, a ak je zabezpečené prevzatie cieľovým štátom a trasa v iných tranzitných štátoch.

(2) O prevoz sa nežiada a možno ho odmietnuť, ak osobe v cieľovom štáte alebo v inom tranzitnom štáte hrozí nebezpečenstvo neľudského alebo ponižujúceho zaobchádzania alebo trestu alebo trestu smrti, alebo by bol jej život alebo sloboda ohrozená z dôvodov rasy, náboženstva, národnosti, príslušnosti k určitej spoločenskej skupine alebo pre jej politické názory. Prevoz možno ďalej odmietnuť, ak občanovi tretieho štátu hrozí v štáte požiadanej zmluvnej strany alebo v cieľovom štáte alebo v inom tranzitnom štáte trestné stíhanie.

(3) Ak požiadaná zmluvná strana odmietne žiadosť o prevoz pre nesplnenie podmienok, oznámi dôvody odmietnutia žiadajúcej zmluvnej strane.

(4) Tranzitné vízum požiadanej zmluvnej strany sa nevyžaduje.

(5) Prevážané osoby môžu byť vrátené žiadajúcej zmluvnej strane, ak sa dodatočne zistia alebo vyjdú najavo skutočnosti uvedené v odseku 2, alebo ak nie je zabezpečená trasa alebo prevzatie cieľovým štátom.

Kapitola IV.

Úradný sprievod

Článok 9

(1) Ak sa prevoz osôb podľa článkov 3 a 4 alebo podľa článku 8 má uskutočniť s úradným sprievodom, informuje o tom žiadajúca zmluvná strana požiadajú zmluvnú stranu.

(2) Úradný sprievod až po odovzdanie osoby požiadanej zmluvnej strane zásadne poskytuje žiadajúca zmluvná strana.

(3) Ak sa prevoz osôb podľa článku 8 uskutočňuje s úradným sprievodom žiadajúcej zmluvnej strany, požiadaná zmluvná strana, v prípade prevozu na pozemnej komunikácii, preberá kontrolu od spoločnej štátnej hranice a v prípade prevozu leteckou cestou nad medzipristátím na letisku svojho štátu.

(4) Úradný sprievod žiadajúcej zmluvnej strany nesmie opustiť medzinárodnú zónu letiska štátu požiadanej zmluvnej strany.

Kapitola V.

Náklady

Článok 10

Všetky náklady spojené s preberaním až po spoločné štátne hranice podľa článkov 1, 3 a 4, ako aj náklady spojené s prevozom podľa článku 8 idú na ťarchu žiadajúcej zmluvnej strany. To isté platí pre prípady spätného prevzatia podľa článku 1 odseku 2 a článku 7.

Kapitola VI.

Ochrana údajov

Článok 11

(1) Ak sa osobné údaje odovzdávajú na účel vykonávania tejto dohody, môžu sa tieto informácie týkať výlučne:

- a) osobných údajov odovzdávanej osoby, prípadne jej príbuzných (priezvisko, meno, prípadne rodné priezvisko, prezývka alebo pseudonym, falošné meno, dátum a miesto narodenia, pohlavie, súčasné a prípadne predchádzajúce štátne občianstvo),
- b) pasu, občianskeho preukazu, iných dokladov totožnosti alebo cestovných dokladov a priepustiek (číslo, doba platnosti, dátum a miesto vydania, vydávajúci orgán atď.),
- c) iných údajov potrebných na identifikáciu odovzdávanej osoby,
- d) miest pobytu a trasy cesty,
- e) povolení na pobyt alebo víz,
- f) podkladov pre pátraciu službu, ktoré sú k dispozícii a ktoré by mohli byť podľa tejto dohody dôležité na preverenie podmienok prevzatia.

(2) Pri odovzdávaní údajov podľa tejto dohody platia podľa vnútroštátnych právnych predpisov oboch zmluvných strán nasledovné ustanovenia:

- a) použitie údajov príjemcom je prípustné len na daný účel a za podmienok predpísaných odovzdávajúcim orgánom,
 - b) príjemca informuje na žiadosť odovzdávajúci orgán o používaní odovzdaných údajov a dosiahnutých výsledkoch,
 - c) osobné údaje sa môžu odovzdávať len príslušným orgánom. Ďalšie odovzdávanie iným orgánom sa môže uskutočniť len na základe predchádzajúceho súhlasu odovzdávajúceho orgánu;
 - d) odovzdávajúci orgán sa zaväzuje, že bude dbať na správnosť odovzdaných údajov, ako aj na nutnosť a pomernosť vzhľadom na sledovaný účel spojený s odovzdávaním. Pritom treba brať do úvahy podľa súčasného vnútroštátneho práva zákazy platné pri odovzdávaní.
- Ak sa ukáže, že boli odovzdané údaje, ktoré sa nemali odovzdať, tak to treba bezodkladne
- ;) odovzdávajúci a prijímajúci orgán sa zaväzujú spísať o odovzdaní osobných údajov záznam,

- f) odovzdávajúci a prijímajúci orgán sa zaväzujú účinne chrániť odovzdané údaje pred neoprávneným prístupom, neoprávneným pozmenením a neoprávneným zverejnením,
- g) odovzdané údaje, ktoré zničí odovzdávajúci orgán, musí v priebehu šiestich (6) mesiacov zničiť aj prijímajúci orgán.

Kapitola VII.

Vykonávacie ustanovenia

Článok 12

Predpisy potrebné na vykonávanie tejto dohody sú ustanovené vo vykonávacom protokole k tejto dohode. Sú to:

- a) spôsob vzájomnej komunikácie a praktický spôsob postupu,
- b) údaje, ktoré musia byť obsiahnuté v žiadostiach o preberaní a prevoze,
- c) podklady a dôkazové prostriedky, prípadne prostriedky na hodnoverné preukázanie, ktoré sú potrebné na prevzatie a hodnovernosť týchto prostriedkov,
- d) orgány príslušné na vykonávanie tejto dohody,
- e) predpisy o nákladoch a
- f) konanie expertných rokovaní.

Kapitola VIII.

Záverečné ustanovenia

Článok 13

Zmluvné strany sa navzájom podporujú pri vykonávaní a výklade tejto dohody a vykonávacieho protokolu. Spory, ktoré by sa mohli vyskytnúť pri aplikácii a interpretácii tejto dohody, sa budú riešiť diplomatickou cestou.

Článok 14

Ustanovenia tejto dohody sa netýkajú záväzkov zmluvných strán vyplývajúcich z iných medzinárodných dohôd.

Článok 15

(1) Táto dohoda nadobudne platnosť po uplynutí šesťdesiatich (60) dní odo dňa, v ktorom si zmluvné strany navzájom diplomatickou cestou oznámia splnenie vnútroštátnych podmienok potrebných na nadobudnutie platnosti tejto dohody.

(2) Dňom nadobudnutia platnosti tejto dohody sa vo vzťahu medzi Rakúskou republikou a Slovenskou republikou skončí platnosť Dohody medzi vládou Rakúskej republiky a vládou Českej a Slovenskej Federatívnej Republiky o preberaní osôb na spoločnej hranici podpísanej v Prahe dňa 26. 8. 1991.

Článok 16

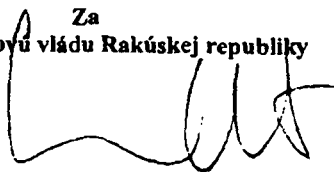
(1) Táto dohoda sa uzaviera na neurčitý čas. Meniť alebo doplniť túto dohodu je možné po vzájomnom súhlase oboch strán.

(2) Každá zo zmluvných strán môže túto dohodu vypovedať písomne diplomatickou cestou. Platnosť dohody sa skončí tridsať (30) dní odo dňa doručenia výpovede druhej zmluvnej strane.

(3) Každá zo zmluvných strán môže pozastaviť vykonávanie tejto dohody z dôvodov ochrany bezpečnosti štátu, verejného poriadku alebo zdravia obyvateľov. Pozastavenie vykonávania dohody nadobudne platnosť doručením oznámenia druhej zmluvnej strane diplomatickou cestou.

Dané vo Viedni dňa 20. júna 2002 v dvoch pôvodných vyhotoveniach, každé v nemeckom jazyku a slovenskom jazyku, pričom obe znenia majú rovnakú platnosť.

Za
spolkovú vládu Rakúskej republiky



Za
vládu Slovenskej republiky



VYKONÁVACÍ PROTOKOL

K DOHODE MEDZI SPOLKOVOU VLÁDOU RAKÚSKEJ REPUBLIKY A VLÁDOU SLOVENSKEJ REPUBLIKY O READMISII OSOBY S NEOPRÁVNENÝM POBYTOM (READMISNÁ DOHODA)

Podľa článku 12 Dohody medzi spolkovou vládou Rakúskej republiky a vládou Slovenskej republiky o readmisii osôb s neoprávneným pobytom (ďalej len "readmisná dohoda")

Spolková vláda Rakúskej republiky
a
vláda Slovenskej republiky

dohodli sa t a k t o :

I.

K článku 1

(1) Štátne občianstvo alebo bývalé štátne občianstvo sa môže dokázať:

- dokladmi o štátnom občianstve;
- všetkým druhmi pasov (národnými pasmi, hromadnými pasmi, diplomatickými pasmi, služobnými pasmi, dokladmi nahradzujúcimi pas),
- občianskymi preukazmi,
- brannými pasmi a vojenskými preukazmi,
- úradne vystavenými dokladmi, z ktorých vyplýva štátne občianstvo.

(2) Pri predložení platných dôkazov uvedených v odseku 1, sa štátne občianstvo pokladá za dokázané bez potreby ďalšieho zisťovania.

(3) Štátne občianstvo možno hodnoverne preukázať na základe:

- kópií dôkazových prostriedkov uvedených v odseku 1,
- vodičských preukazov,
- rodných listov,
- námorníckych knižiek a lodných preukazov,
- kópií uvedených dokladov,
- overiteľných výpovedí svedkov,
- vlastných overiteľných údajov dotknutej osoby,
- jazyka dotknutej osoby.

(4) Štátne občianstvo sa pokladá medzi zmluvnými stranami za hodnoverne preukázané, pokiaľ to požiadaná zmluvná strana nevyvráti.

(5) Na základe dokladov uvedených v odsekoch 1 a 3 možno dokázať alebo hodnoverne preukázať štátne občianstvo aj keď sa skončila ich platnosť.

(6) Ak žiadajúca zmluvná strana prevzme osobu späť, pretože sa dodatočne zistí, že nemala štátne občianstvo požiadanej zmluvnej strany, požiadaná zmluvná strana vráti všetky doklady tejto osoby žiadajúcej zmluvnej strane.

II.

K článku 2 ods. 1

Žiadosť o zistenie štátneho občianstva musí, odhliadnuc od osobných údajov, obsahovať v prípade potreby:

- informácie potrebné na zistenie štátneho občianstva,
- informácie o prípadnej potrebe zvláštnej pomoci, opatery alebo starostlivosti odovzdávanej osobe, s jej súhlasom v prípade choroby alebo staroby,
- iné ochranné alebo bezpečnostné opatrenia, ktoré sú v jednotlivých prípadoch potrebné pri odovzdávaní.

III.

K článku 4 ods. 1

(1) Žiadosť o prevzatie musí obsahovať údaje dokazujúce alebo hodnoverne preukazujúce pobyt na území štátu požiadanej zmluvnej strany alebo prechod týmto územím a, ak je to možné, ďalšie nasledovné údaje:

- osobné údaje odovzdávanej osoby (meno, priezvisko, predchádzajúce priezviská, prezývky, dátum a miesto narodenia, pohlavie, štátne občianstvo, posledné bydlisko v krajine pôvodu),
- osobné dokumenty (druh, číslo, miesto a dátum vydania, vydávajúci úrad a dobu platnosti),
- deň, miesto a druh protiprávneho vstupu,
- údaje o protiprávnom pobyte,
- informácie o prípadnej potrebe zvláštnej pomoci, opatery alebo starostlivosti odovzdávanej osoby, s jej súhlasom v prípade choroby alebo staroby,
- prípadné iné ochranné alebo bezpečnostné opatrenia, ktoré sú v jednotlivých prípadoch potrebné pri odovzdávaní a v prípade úradného sprievodu údaje o sprevádzajúcich osobách,
- jazykové znalosti odovzdávanej osoby, najmä nutnosť zabezpečenia tlmočníka,
- čas a miesto zamýšľaného prevzatia.

(2) Pobyt na území štátu požiadanej zmluvnej strany alebo prechod týmto územím sa dokazuje:

- platným vízom alebo povolením na pobyt alebo vízom alebo povolením na pobyt požiadanej zmluvnej strany, ktorého platnosť uplynula pred menej než jedným rokom
- vstupnou alebo výstupnou pečiatkou požiadanej zmluvnej strany, aj keď je vo falšovanom alebo pozmenenom cestovnom doklade,
- letenkami, povoleniami a účtami, ktoré jednoznačne preukazujú pobyt osoby na území štátu požiadanej zmluvnej strany,
- inými poznámkami požiadanej zmluvnej strany do cestovných dokladov, ktoré upozorňujú na pobyt

Ak sa pobyt na území štátu požiadanej zmluvnej strany alebo prechod týmto územím takto dokáže, nie je potrebné ho ďalej zisťovať.

(3) Pobyt na území štátu požiadanej zmluvnej strany alebo prechod týmto územím sa hodnoverne preukazuje:

- platným vízom alebo povolením na pobyt alebo vízom alebo povolením na pobyt, ktorého platnosť uplynula pred viac než jedným rokom,
- cestovnými listkami a inými dokladmi, ktoré vecne a časovo súvisia s predpokladaným pobytom na území štátu požiadanej zmluvnej strany,
- hodnovernou výpoveďou svedka spojenou s úradným zápisom,
- hodnovernou výpoveďou dotknutej osoby spojenou s úradným zápisom.

Pobyt na území požiadanej zmluvnej strany alebo prechod týmto územím sa pokladá za hodnoverne preukázaný, pokiaľ to požiadaná strana nevyvráti.

(4) Zmluvné strany si navzájom oznámia orgány oprávnené podávať a vybavovať žiadosti. V súčasnosti sú oprávnené nasledovné orgány:

- na rakúskej strane: Bezpečnostné riaditeľstvo za Spolkovú krajinu Dolné Rakúsko
Landstrasse Hauptstrasse 148a
1030 Wien
- na slovenskej strane: odbor hraničnej a cudzineckej polície Bratislava
Špitálska 14
812 28 Bratislava

(5) Na riešenie sporných prípadov vo veciach preberania a odovzdávania sú v súčasnosti príslušné:

- na rakúskej strane: Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/16,
Adresse: Postfach 100, A-1014 Wien
- na slovenskej strane: úrad hraničnej a cudzineckej polície
Policajného zboru
Vajnorská 25
812 72 Bratislava

(6) Na podanie a vybavenie žiadostí zmluvnej strany použijú zhodne vypracované formuláre. Obsah formulárov dohodnú experti oboch zmluvných strán.

(7) Prevzatie občanov tretích štátov a osôb bez štátnej príslušnosti sa uskutoční na týchto hraničných priechodoch:

Berg- Petržalka
Kittsee-Jarovce (diaľnica).

IV.

K článku 4 ods. 2

Neformálne prevzatie sa uskutoční po predchádzajúcom oznámení priamo medzi hraničnými prechodmi, uvedenými v kapitole III. odsek 7.

V.
K článku 6

(1) Odovzdanie sa uskutoční na mieste a v čase dohodnutom zmluvnými stranami.

(2) V prípade predĺženia lehoty z dôvodov trvania právnych alebo vecných prekážok informuje žiadajúca zmluvná strana požiadajú zmluvnú stranu bezodkladne o zániku týchto prekážok, s uvedením predpokladaného miesta a termínu odovzdania.

(3) Uskutočnené odovzdanie sa zaznamená do protokolu o readmisii.

VI.
K článku 7

Ak prevezme žiadajúca zmluvná strana na odôvodnenú žiadosť požiadanej zmluvnej strany osobu späť, pretože sa dodatočne zistí, že neboli splnené podmienky prevzatia, požiadaná zmluvná strana vráti všetky doklady tejto osoby žiadajúcej zmluvnej strane.

VII.
K článku 8

(1) Žiadosť o prevoz musí, pokiaľ to bude možné, obsahovať nasledovné údaje:

- osobné údaje o prevážanej osobe (meno, priezvisko, predchádzajúce priezviská, prezývky, dátum a miesto narodenia, pohlavie, štátne občianstvo, posledné bydlisko v štáte pôvodu),
- osobné doklady (druh, číslo a dobu platnosti),
- vyhlásenie, že boli splnené podmienky podľa článku 8 odseku 1 readmisnej dohody a nie sú známe žiadne dôvody na zamietnutie podľa článku 8 odseku 2 readmisnej dohody,
- informácie o prípadnej potrebe zvláštnej pomoci, opatery alebo starostlivosti prevážanej osoby, s jej súhlasom v prípade choroby alebo staroby,
- prípadné iné ochranné alebo bezpečnostné opatrenia, a v prípade úradného sprievodu údaje o sprevádzajúcich osobách,
- dátum, čas a miesto prevozu, ako aj ďalšiu trasu prevozu.

(2) Požiadaná zmluvná strana informuje žiadajúcu zmluvnú stranu bezodkladne o prevzatí na prevoz, s uvedením dátumu, času a miesta alebo o zamietnutí prevzatia a o dôvodoch zamietnutia.

(3) Uskutočnené odovzdanie osoby resp. kontrola medzipristátia sa zaznamená do protokolu.

(4) Zmluvné strany si navzájom oznámia orgány oprávnené podávať a vybavovať žiadosti o prevoz. V súčasnosti sú oprávnené tieto orgány:

- na rakúskej strane: Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/16,
A-1014 Wien, Postfach 100
- na slovenskej strane: úrad hraničnej a cudzineckej polície
Policajného zboru
Vajnorská 25
812 72 Bratislava

(5) Na podanie a vybavenie žiadostí zmluvné strany použijú zhodne vypracované formuláre. Obsah formulárov dohodnú experti zmluvných strán.

**VIII.
K článku 10**

Náklady sa poukážu na ministerstvo vnútra požiadanej zmluvnej strany do šesťdesiatich (60) dní od doručenia účtu.

**IX.
Rokovania expertov**

Rokovania expertov štátov oboch zmluvných strán sa uskutočnia podľa potreby, obzvlášť o vykonávaní readmisnej dohody a tohto protokolu, ako aj o prípadných zmenách tejto dohody. Čas a miesto takýchto rokovaní sa v zhode s týmto zodpovedajúco zaznamená.

**X.
Záverčné ustanovenia**

(1) Tento protokol nadobudne platnosť súčasne s nadobudnutím platnosti readmisnej dohody. Tento protokol môže byť zmenený kedykoľvek po vzájomnom súhlase oboch zmluvných strán.

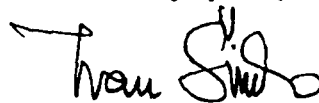
(2) Platnosť tohto protokolu sa skončí súčasne so skončením platnosti dohody.

Dané vo Viedni dňa 20. júna 2002 v dvoch pôvodných vyhotoveniach, každé v nemeckom jazyku a slovenskom jazyku, pričom obidve znenia majú rovnakú platnosť.

Za
spolkovú vládu Rakúskej republiky



Za
vládu Slovenskej republiky



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND
THE GOVERNMENT OF THE SLOVAK REPUBLIC ON THE READMIS-
SION OF PERSONS RESIDING WITHOUT AUTHORIZATION (RE-
ADMISSION AGREEMENT)

The Austrian Federal Government and the Government of the Slovak Republic, hereinafter termed the Contracting Parties, on the basis of the friendly relations between the two States and their peoples, desiring to oppose illegal immigration in the spirit of European efforts, guided by the endeavor to facilitate the readmission of persons who have illegally entered or are illegally residing on the territory of the other Contracting Party and the transit of persons, in keeping with the general norms of international law and in the spirit of cooperation, have agreed as follows:

SECTION I. READMISSION OF OWN NATIONALS

Article 1

(1) Each Contracting Party, following prior written agreement, shall readmit without formalities a person who does not fulfil, or no longer fulfills, the conditions in force for entry or residence in the territory of the requesting Contracting Party, provided it is proved or may be validly assumed that he or she possesses the nationality of the requested Contracting Party. The same shall apply to persons who have been deprived of the nationality of the requested Contracting Party since entering the territory of the requesting Contracting Party, without having received at least an assurance of naturalization by the requesting Contracting Party.

(2) The requesting Contracting Party shall readmit such persons on the same terms should it subsequently be found within six months that, at the time the person left the territory of the requesting Contracting Party, he or she did not meet the requirements under paragraph 1.

Article 2

(1) If nationality cannot be established in accordance with article I, paragraph 1, the diplomatic or consular mission of the Contracting Party whose nationality the person is believed to hold shall upon request ascertain it, and if necessary make available a substitute travel document.

(2) The requested Contracting Party shall respond without delay, and in any event within 14 days, to requests made according to paragraph I. If the requested Contracting Party establishes the nationality, it shall immediately issue any substitute travel document which may be required. If the nationality cannot be established, it shall inform the requesting Contracting Party of this.

(3) The return shall take place without delay, and in any event within 30 days of nationality being established. Upon request of the requesting Contracting Party, such time limit shall be extended by the time taken to deal with legal or practical obstacles. The requesting Contracting Party shall immediately inform the requested Contracting Party of the resolution of such obstacles.

Article 3

Information regarding the handover of a person who is in need of special care because of his age, state of health, or other serious reason, or in whose case special protective and security measures are needed, shall be provided, at least one week in advance together with an indication of the place and time when the handover is to take place, to the competent authority of the Contracting Party whose nationality the person possesses, so that the Contracting Party can take the necessary measures to receive the person.

SECTION II. ADMISSION OF THIRD-COUNTRY NATIONALS AND STATELESS PERSONS

Article 4

(1) Each Contracting Party shall readmit upon request by the other Contracting Party third-country nationals or stateless persons who do not fulfill or no longer fulfill the conditions in force for entry into or residence in the territory of the requesting Contracting Party, provided it is proved or can validly be assumed that such persons have entered the territory of the requesting Contracting Party having stayed in, or passed through, the territory of the requested Contracting Party.

(2) Following prior notification by the other Contracting Party, each Contracting Party shall without formalities readmit a third-country national or stateless person within seven days of the illegal entry. If the requested Contracting Party shall refuse the readmission without formalities, acceptance may be requested under paragraph 1.

(3) The obligation to readmit under paragraphs 1 and 2 shall not arise for:

a) third-country nationals or stateless persons, who, upon entering the territory of the requesting Contracting Party from the territory of the requested Contracting Party, were in possession of a valid visa or other residence permit of that Contracting Party, or who were issued a visa or other residence permit by that Contracting Party upon or after entry, unless such persons hold visas or other residence permits which were issued by the requested Contracting Party and which have a longer validity than those issued by the requesting Contracting Party;

b) third-country nationals or stateless persons to whom the requesting Contracting Party has granted either refugee status in accordance with the Geneva Convention of 28 July 1951 relating to the Status of Refugees, as amended by the New York Protocol of 31 January 1967, or the status of stateless persons according to the New York Convention of 28 September 1954 relating to the Status of Stateless Persons;

c) nationals of a State with which the requesting Contracting Party has a common border and third-country nationals or stateless persons who are entitled to reside permanently in such a State, provided that travel to the State is possible.

Article 5

A residence permit within the meaning of this Readmission Agreement means an authorization of any type issued by one Contracting Party, entitling the person to reside on the territory of that Contracting Party. This shall not include temporary permission to reside on the territory of one of the Contracting Parties in connection with the processing of an asylum application.

Article 6

(1) The request to readmit in accordance with article 4, paragraph 1 must be made within 12 months following the ascertainment of the illegal entry or the illegal residence of the third-country national or the stateless person on the territory of the requesting Contracting Party.

(2) The requested Contracting Party shall reply to readmission requests addressed to it without delay, and in any event within 14 days. If the requested Contracting Party refuses to readmit, it shall inform the requesting Contracting Party of the grounds for refusal.

(3) The competent authorities of the Contracting Parties shall inform each other in writing in advance of the place and time of the handover.

(4) The readmission of a third-country national or stateless person shall take place without delay, and in any event within 3 months of the requested Contracting Party giving its consent to readmission. Upon application by the requesting Contracting Party, such time limit shall be extended by the time taken to deal with legal or practical obstacles.

Article 7

The requesting Contracting Party shall take back a third-country national or stateless person if the requested Contracting Party establishes, following readmission, that the conditions laid down in article 4 were not fulfilled.

SECTION III. TRANSIT

Article 8

(1) Each Contracting Party shall take responsibility for the transit under police escort of third-country nationals and stateless persons if the other Contracting Party has requested it and if admission by the State of destination and the onward journey through any subsequent transit States are guaranteed.

(2) Transit shall not be requested and may be refused if the person is at risk of inhuman or degrading treatment or punishment, or the death penalty, in the country of destination or

in any subsequent transit State, or if his life or liberty is threatened by reason of his race, religion, nationality, membership in a particular social group or political views. Transit may also be refused if the third-country national would be subject to criminal proceedings in the requested State, or is threatened with criminal prosecution in the State of destination or in any subsequent transit State.

(3) If the requested Contracting Party rejects the request for transit because the necessary conditions are not fulfilled, it shall notify the requesting Contracting Party of the grounds of refusal.

(4) No transit visa is required from the requested Contracting Party.

(5) Persons accepted for transit may be returned to the other Contracting Party if circumstances within the meaning of paragraph 2 subsequently arise or come to light which stand in the way of the transit operation or if the onward journey or admission by the State of destination is no longer assured.

SECTION IV. ESCORTS

Article 9

(1) The requested Contracting Party shall be notified by the requesting Contracting Party if an escort is required for persons readmitted under articles 3 or 4, or sent for transit under article 8.

(2) Until the person is handed over to the requested Contracting Party, the escort shall in principle be provided by the requesting Contracting Party.

(3) If persons in transit according to article 8 are escorted by personnel from the requesting Contracting Party, the requested Contracting Party shall, in the event the transit is over land, supervise the transit up to the common border, and, in the event the transit is by air, supervise the stopover at the airport.

(4) The escort personnel of the requesting Contracting Party may not leave the international area of the airport of the requested Contracting Party.

SECTION V. COSTS

Article 10

All costs of readmission in accordance with articles 1, 3, and 4, as far as the border, and the costs of transit according to article 8, shall be borne by the requesting Contracting Party. The same shall apply in cases of readmission according to article 1, paragraph 2, and article 7.

SECTION VI. DATA PROTECTION

Article 11

(1) Insofar as personal data are to be transmitted for the purposes of this Agreement, such information shall concern exclusively:

a) the personal details of the person to be handed over and, if applicable, members of his or her family (surname, first name, any former name, nicknames or pseudonyms, aliases, date and place of birth, sex, and current and former nationality);

b) the passport, personal identity document, other identity and travel documents and passes (number, period of validity, date of issue, issuing authority, place of issue, etc.);

c) other details necessary to identify the persons to be handed over;

d) places of residence and itineraries;

e) residence permits or visas issued;

f) any available identification material which may be relevant in assessing the conditions of readmission under this Agreement.

(2) Where personal data are transmitted in the context of this Agreement, the following provisions shall apply, subject to the domestic law in force for each Contracting Party:

a) the data are to be used by the recipient only for the purpose stated and under the conditions laid down by the transmitting authority;

b) upon request, the recipient shall inform the transmitting authority of the use made of the data transmitted and of the results obtained;

c) personal data may only be transmitted to the competent authorities. Retransmission to other agencies is permissible only with the prior consent of the transmitting authority;

d) the transmitting authority shall be obliged to see to the accuracy of the data to be transmitted as well as to considerations of necessity and proportionality in respect of the intended aim of the transmission. Prohibitions against transmission of data under domestic law must be observed. If it is found that inaccurate data or data which should not be transmitted have been transmitted, the recipient must be informed without delay. He is then bound to correct or destroy them;

e) the transmitting and receiving authorities must keep a record of the transmission of personal data;

f) the transmitting and the receiving authorities are bound to effectively protect transmitted personal data against unauthorized access, alteration and dissemination;

g) transmitted data which are deleted by the transmitting authority must also be deleted within six months by the recipient.

SECTION VII. RULES ON IMPLEMENTING THE AGREEMENT

Article 12

Further provisions necessary for the implementation of this agreement concerning the following subjects will be set down in a protocol on the implementation of this agreement:

- a) the kind of reciprocal notifications to be made and the practical arrangements for them;
- b) the details that are included in requests for readmission and transit;
- c) the documents and evidence, or means of substantiation, which are required for the purpose of readmission, and the authentication of such material;
- d) the authorities competent for the implementation of this Agreement;
- e) the arrangements for costs; and
- f) consultations with experts.

SECTION VIII. FINAL PROVISIONS

Article 13

The Contracting Parties shall assist each other in the application and interpretation of this Agreement and of a Protocol on its implementation. Disputes arising from the application and interpretation of this Agreement shall be settled through diplomatic channels.

Article 14

The provisions of this Agreement shall not affect the obligations of the Contracting Parties under other international agreements.

Article 15

(1) This Agreement shall enter into force 60 days after the day on which the Contracting Parties informed each other through diplomatic channels that the respective national conditions for entry into force have been fulfilled.

(2) When this Agreement enters into force, the Agreement between the Government of the Austrian Republic and the Government of the Czech and Slovak Federal Republic regarding the admission of persons at the border, signed in Prague on 26 August 1991, in the reciprocal relation between the Government of the Austrian Republic and the Government of the Slovak Republic, shall cease to be in force.

Article 16

(1) This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be amended or modified by mutual agreement of the Contracting Parties.

(2) Either Contracting Party may denounce this agreement through diplomatic channels. The agreement shall cease to be in force 30 days after the day on which the notification was delivered to the other Contracting Party.

(3) Either Contracting Party may suspend this Agreement on grounds of public safety, public order, or health. Suspension, which must take place through diplomatic channels, shall take effect upon receipt of notification by the other Contracting Party.

Done at Vienna, on 20 June 2002, in two original copies in the German and Slovak languages, both texts being equally authentic.

For the Austrian Federal Government;

STRASSER MP

For the Government of the Slovak Republic;

SIMKO MP

PROTOCOL FOR IMPLEMENTING THE AGREEMENT BETWEEN THE AUSTRIAN FEDERAL GOVERNMENT AND THE GOVERNMENT OF THE SLOVAK REPUBLIC REGARDING THE READMISSION OF PERSONS RESIDING WITHOUT AUTHORIZATION (READMISSION AGREEMENT)

On the basis of article 12 of the Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the Slovak Republic regarding the readmission of persons residing without authorization (hereinafter Readmission Agreement), the Austrian Federal Government and the Government of the Slovak Republic hereby agree to the following:

I. Regarding article 1

(1) Proof of nationality or of former nationality can be accomplished by:

- citizenship documents;
- passports of all types (national passports, collective passports, diplomatic passports, service passports, alternative passport documents);
- personal identification;
- military passports and military identification;
- officially issued documents proving nationality.

(2) Upon presentation of the valid proof indicated in paragraph I, the nationality shall be viewed as proven without requiring further investigation.

(3) Authentication of nationality can be accomplished by:

- copies of the evidence cited in paragraph 1;
- driver's licenses;
- birth certificates;
- seamen's registration books and seamen's identifications;
- copies of the cited documents;
- verifiable testimony;
- verifiable submissions from the person in question;
- the language of the person in question.

(4) In the event of authentication, the nationality shall be considered by the Contracting Parties as established as long as the requested Contracting Party has not refuted this.

(5) The documents cited in paragraphs 1 and 3 shall also be considered sufficient as proof or authentication of nationality even if they have become invalid due to expiration.

(6) If the requesting Contracting Party returns a person because it was subsequently established that he or she was not in possession of the nationality of the requested Contracting Party, then the latter must return to the requesting Contracting Party all documents belonging to this person.

II. Regarding article 2, paragraph 1

The request for establishing the nationality, apart from personal data, must, if necessary, contain the following information:

- information necessary for establishing nationality;
- information concerning any specific need for assistance, nursing, or invalid care resulting from illness or age of the person to be transferred, with his or her approval;
- any other protective or security measures necessary for transfer in an individual case.

III. Regarding article 4, paragraph 1

(1) The request for readmission must contain information regarding the proof or authentication of the residence on the national territory of the requested Contracting Party or the transit through such territory, and, if possible, the following further information:

- the personal data of the person to be transferred (first and last names, former names, aliases, data and place of birth, sex, nationality, last place of residence in the State of origin);
- personal documents (especially type, number, place, date, agency of issuance, and period of validity);
- day, place, and manner of illegal entry;
- information regarding the illegal stay;
- information concerning any specific need for assistance, nursing, or invalid care resulting from illness or age of the person to be transferred, with his or her approval;
- any other protective or safety measures required in the individual case for readmission and, in the event escorts are required, information regarding the escort personnel;
- the language of the person to be transferred, in particular, the necessity of enlisting the services of an interpreter;
- time and place of the intended transfer.

(2) The residence on the territory of the requested Contracting Party or the transit through such territory is proven by:

- a valid visa or one that expired less than one year previously, or a valid residence permit or one that expired less than one year previously, of the requested Contracting Party;
- an entry or exit stamp of the requested Contracting Party, even if it is made in a travel document that has been forged or falsified;
- airline tickets, confirmations, and invoices, that clearly prove the stay of the person on the territory of the requested Contracting Party;
- other notations of the requested Contracting Party in travel documents that provide information regarding the stay.

Proof that is established in this manner shall be recognized by the Contracting Parties as binding, without further investigation being required.

(3) Residence on the national territory of the requested Contracting Party or the transit through such territory shall be authenticated by:

- a valid visa or one that expired less than one year previously, or a valid residence permit or one that expired less than a year previously, of the requested Contracting Party;
- tickets and other proofs that are connected factually and temporally with the alleged stay on the national territory of the requested Contracting Party;

- credible testimony in connection with an official signature;
- credible statements of the person in question in connection with an official signature.

Authentication that is carried out in this manner shall be regarded between the Contracting Parties as established, assuming the requested Contracting Party has not refuted this.

(4) The Contracting Parties shall make known to each other the authorities competent for lodging and handling requests for readmission. Currently, the following authorities are competent in this matter:

On the Austrian side:

Security Directorate for the Federal State Niederoesterreich
Landstrasser Hauptstrasse 148a
A-1030 Vienna

On the Slovak side:

Bratislava Department of Border and Aliens' Police
Spitalska 14
812 28 Bratislava

(5) For settling disputes in matters of readmission, the following are currently competent:

On the Austrian side:

Federal Ministry for Internal Affairs, Department III/16
Post Office Box 100
A-1040 Vienna

On the Slovak side:

Office of the Border and Aliens' Police of the Prcsidium of the Police Department
Vajnorska 25
812 72 Bratislava

(6) For lodging and handling requests, the Contracting Parties shall make use of forms that have been developed by mutual agreement, whose contents shall have been approved by experts of both Contracting Parties.

(7) The readmission of third-country nationals and stateless persons shall be carried out at the following border transit points:

- Berg-Petrzalka
- Kittsee-Jarovce (highway)

IV. Regarding article 4, paragraph 2

Readmission without formalities shall take place after prior notification between the border transit points cited in section III, paragraph 7.

V. Regarding article 6

(1) The handover shall take place at the place and time agreed to between the Contracting Parties.

(2) In the event of an extension of the time limit as a consequence of legal or practical obstacles, the requesting Contracting Party, supplying information regarding the intended handover place and time, shall inform the requested Contracting Party without delay regarding the overcoming of these obstacles.

(3) The successful handover shall be recorded in a readmission protocol.

VI. Regarding article 7

If the requesting Contracting Party shall, upon the well-founded request of the requested Contracting Party, take back a person because it shall have been subsequently established that the preconditions for handover did not exist, then all the documents of this person must be returned to the requesting Contracting Party.

VII. Regarding article 8

(1) The request for transit shall, if possible, contain the following information:

- personal information of the person to be granted transit (especially first and last names, former names, aliases, data and place of birth, sex, nationality, most recent place of residence in the State of origin;
- personal documents (especially type, number, and period of validity);
- declaration that the conditions in accordance with article 8, paragraph 1, of the Readmission Agreement are fulfilled and no reasons for refusal in accordance with article 8, paragraph 2, of the Readmission Agreement are known;
- any necessity for special assistance, medical care, or invalid care deriving from illness or age of the person to be granted transit, with his or her approval;
- any other protective or safety measures required in the individual case; in the event of an escort, information regarding the escorting persons;
- date, time, and place of the transit, as well as other transit routes.

(2) The requested Contracting Party shall immediately inform the requesting Contracting Party, confirming the date, time, and place regarding the handover or transit or regarding the refusal of handover and the grounds for the refusal.

(3) The successful handover, or the monitoring of the stopover, shall be recorded in a protocol.

(4) The Contracting Parties shall make known to each other the agencies that are competent for lodging and handling requests for transit. Currently, the following agencies are competent in this regard:

On the Austrian side:

Federal Ministry for Internal Affairs, Department III/16,
Post Office Box 100
A-1040 Vienna

On the Slovak side:

Office of the Border and Aliens' Police of the Presidium of the Police Department
Vajnorska 25
812 72 Bratislava

(5) For lodging and handling requests, the Contracting Parties shall use forms that have been prepared at their mutual agreement, whose contents shall have been approved by experts of both Contracting Parties.

VIII. Regarding article 10

The costs shall be remitted to the Ministry of the Interior of the requested Contracting Party within 60 days from receipt of the statement of account.

IX. Expert Consultations

Between experts of the two Contracting Parties, there shall be, if necessary, meetings, specifically regarding the application of the Readmission Agreement and of this Protocol as well as regarding any changes to this Agreement. The time and place of such meetings shall in each case be established by mutual agreement.

X. Final Provisions

(1) The present protocol shall enter into force at the same time as the Readmission Agreement. Upon mutual agreement, it can at any time be modified.

(2) In the event of the Readmission Agreement ceasing to be in force, this Protocol shall at the same time cease to be in force.

Done in Vienna on 20 June 2002, in two original copies in the German and Slovak languages, both texts being authentic.

For the Austrian Federal Government:

STRASSER MP

For the Government of the Slovak Republic:

SIMKO MP

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL DE LA RÉPUBLIQUE
D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
SLOVAQUE CONCERNANT LA RÉADMISSION DES PERSONNES
SANS AUTORISATION DE SÉJOUR (ACCORD DE RÉADMISSION)

Le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République slovaque, ci-après dénommés les Parties contractantes,

Forts des relations amicales liant les deux États et leurs peuples,

Désireux de combattre l'immigration illégale dans l'esprit de l'action européenne,

Guidés par la volonté de faciliter la réadmission des personnes qui sont entrées illégalement sur le territoire de l'autre Partie contractante ou y résident illégalement, ainsi que le transit des personnes, conformément aux normes du droit international et dans un esprit de coopération,

Sont convenus de ce qui suit:

TITRE I. RÉADMISSION DES NATIONAUX

Article premier

1. Après accord préalable écrit, chacune des Parties contractantes réadmet, sans autres formalités, les personnes qui ne remplissent pas ou ne remplissent plus les conditions en vigueur applicables à l'entrée ou au séjour sur le territoire de la Partie contractante requérante, s'il est prouvé ou plausible qu'elles possèdent la nationalité de la Partie contractante requise. Il en est de même dans le cas des personnes qui, après être entrées sur le territoire de la Partie contractante requérante, ont perdu la nationalité de la Partie contractante requise sans avoir au moins reçu une assurance écrite de naturalisation de la Partie contractante requérante.

2. La Partie contractante requérante réadmet lesdites personnes dans les mêmes conditions lorsqu'un examen ultérieur révèle dans les six mois que, lorsqu'elles ont quitté le territoire de la Partie contractante requérante, elles ne remplissaient pas les conditions énumérées au paragraphe 1 du présent article.

Article 2

1. Si la nationalité ne peut pas être déterminée conformément aux dispositions du paragraphe 1 de l'article premier du présent Accord, la mission diplomatique ou la représentation consulaire de la Partie contractante, dont l'intéressé est présumé posséder la nationalité, se prononce à son sujet et délivre au besoin un document de voyage de remplacement.

2. La Partie contractante requise répond sans retard aux demandes qui lui sont faites conformément aux dispositions du paragraphe 1 du présent article et dans tous les cas dans les 14 jours qui suivent la détermination de la nationalité. Si la Partie contractante requise

confirme que l'intéressé est bien l'un de ses ressortissants, elle délivre sans retard le document de voyage nécessaire. S'il ne lui est pas possible de déterminer la nationalité de l'intéressé, elle informe l'autre Partie contractante en conséquence.

3. Le retour a lieu sans délai, et dans tous les cas dans les trente jours suivant la date à laquelle la nationalité est déterminée. Sur demande, ce délai peut être prolongé du temps nécessaire pour régler les problèmes juridiques et pratiques. La Partie contractante requérante informe la Partie contractante requise du règlement desdits problèmes.

Article 3

La remise d'une personne qui a besoin d'un traitement spécial à cause de son âge ou de son état de santé ou pour d'autres raisons sérieuses, ou qui se trouve dans une situation nécessitant des mesures spéciales de protection et de sécurité, doit être notifiée, au moins une semaine à l'avance, avec l'indication du lieu et de l'heure auxquels la remise aura lieu à l'autorité compétente de la Partie contractante dont la personne possède la nationalité afin que ladite Partie contractante puisse prendre les mesures nécessaires pour recevoir cette personne.

TITRE II. ADMISSION DES RESSORTISSANTS DE PAYS TIERS ET DES APATRIDES

Article 4

1. Chaque Partie contractante réadmet, à la demande de l'autre Partie contractante, des ressortissants d'État tiers ou des apatrides qui ne remplissent pas ou ne remplissent plus les conditions en vigueur pour l'entrée ou la résidence sur le territoire de la Partie contractante requérante, s'il est prouvé ou plausible que lesdites personnes étaient entrées sur le territoire de la Partie contractante requérante, y étaient restées, ou avaient franchi le territoire de la Partie contractante requise.

2. A la suite d'une notification préalable de l'autre Partie contractante, chaque Partie contractante réadmet sans formalités un ressortissant d'un pays tiers ou une personne apatride dans les sept jours qui suivent l'entrée illégale. Si la Partie contractante requise refuse la réadmission sans formalités, l'approbation est demandée aux termes du paragraphe 1.

3. L'obligation de réadmission au titre des paragraphes 1 et 2 n'existe pas pour:

a) les ressortissants d'États tiers ou les apatrides qui, lorsqu'ils sont entrés sur le territoire de la Partie contractante requérante à partir du territoire de la Partie contractante requise, étaient en possession d'un visa valide ou d'un autre permis de séjour délivré par cette Partie contractante, ou auxquels avait été délivré un visa ou un autre permis de séjour par cette Partie contractante lors de leur entrée ou après, à moins que lesdites personnes possèdent des visas ou autres permis de séjour qui leur avaient été délivrés par la Partie contractante requise et qui ont une validité plus longue que ceux délivrés par la Partie contractante requérante;

b) les ressortissants d'États tiers ou apatrides auxquels la Partie contractante requérante a reconnu le statut de réfugié en application de la Convention de Genève du 28 juillet 1951 sur le statut des réfugiés, modifiée par le Protocole de New York du 31 janvier 1967, ou le

statut d'apatride, en application de la Convention de New York du 28 septembre 1954 sur le statut des apatrides;

c) les ressortissants d'un État avec lequel la Partie contractante requérante a une frontière commune et les ressortissants d'États tiers et les apatrides qui ont obtenu le droit de résider en permanence dans un tel État, à la condition que le voyage vers cet État soit possible.

Article 5

Au sens du présent Accord de réadmission, constituent des titres de séjour, les autorisations quelle que soit leur nature, qui ont été délivrées par l'une des Parties contractantes et qui habilite le titulaire à séjourner sur le territoire de cette Partie. Les autorisations de séjour de durée déterminée sur le territoire de l'une des Parties contractantes en vue de l'examen d'une demande d'asile ne constituent pas des titres de séjour au sens du présent Accord.

Article 6

1. Conformément au paragraphe 1 de l'article 4, la demande de réadmission doit être faite dans les douze mois qui suivent la constatation, par la Partie contractante requérante, de l'entrée illégale ou de la résidence illégale du ressortissant d'un État tiers ou de l'apatride.

2. La Partie contractante requise répond sans retard aux demandes de réadmission qui lui sont présentées et, en tout cas, dans les 14 jours. Si la Partie contractante requise refuse la réadmission, elle communique les motifs de son refus à la Partie contractante requérante.

3. Les autorités compétentes des Parties contractantes s'informent par écrit et à l'avance du lieu et de l'heure de la remise.

4. La réadmission de ressortissants d'État tiers ou d'apatrides a lieu sans délai et, en tout cas, dans les trois mois à compter de la date à laquelle la Partie contractante requise a accepté la réadmission. A la demande de la Partie contractante requérante, ce délai est prorogé tant que subsistent des obstacles juridiques ou concrets.

Article 7

La Partie contractante requérante réadmet un ressortissant d'un État tiers ou un apatride si la Partie contractante requise, après les avoir admis, constate qu'ils ne remplissent pas les conditions mentionnées à l'article 4 du présent Accord.

TITRE III. TRANSIT

Article 8

1. Chacune des Parties contractantes fait transiter par son territoire, sous l'escorte de la police, les ressortissants d'États tiers et les apatrides lorsque l'autre Partie contractante le lui

demande et qu'elle est assurée que les intéressés seront admis par l'État de destination et pourront poursuivre leur voyage à travers le territoire des autres États de transit.

2. Le transit n'est pas demandé et peut être refusé si la personne en question, dans le pays de destination ou un autre État de transit, risque de subir des traitements ou des peines inhumains ou dégradants ou la peine de mort, ou si sa vie ou sa liberté est menacée pour des motifs liés à sa race, sa religion, sa nationalité, son appartenance à un groupe social particulier ou ses opinions politiques. Le transit peut en outre être refusé si le ressortissant d'un État tiers est passible de poursuites pénales sur le territoire de l'État requis ou est menacé de poursuites pénales sur le territoire de l'État de destination ou d'un autre État de transit.

3. Si la Partie contractante requise refuse la demande de transit parce que les conditions nécessaires ne sont pas remplies, elle informe la Partie contractante requérante des motifs de son refus.

4. Un visa de transit n'est pas exigé de la Partie contractante requise.

5. Les personnes admises par l'autre Partie contractante en vue du transit peuvent être renvoyées, si des circonstances, au sens du paragraphe 2 du présent article surviennent ou sont révélées a posteriori et s'opposent au transit, ou si la poursuite du voyage ou l'admission par l'État de destination n'est plus garantie.

TITRE IV. ESCORTES

Article 9

1. La Partie contractante requise est informée par la Partie contractante requérante de la nécessité de prévoir une escorte éventuellement pour les personnes qui sont réadmissées, conformément aux dispositions de l'article 3 ou de l'article 4 du présent Accord, ou qui doivent transiter, conformément aux dispositions de l'article 8 du présent Accord.

2. L'escorte, jusqu'à la remise de la personne à la Partie contractante requise, est assurée en règle générale par la Partie contractante requérante.

3. Si les personnes transitent, aux termes de l'article 8, sous escorte policière fournie par la Partie contractante requérante, la Partie contractante requise, en cas de transit par voie terrestre, supervise le voyage jusqu'à la frontière commune et, en cas de transit par voie aérienne, assure la surveillance lors de l'escale à l'aéroport.

4. Les agents d'escorte de la Partie contractante requérante ne sont pas autorisés à quitter la zone internationale de l'aéroport de la Partie contractante requise.

TITRE V. COÛTS

Article 10

Tous les coûts liés à la réadmission, conformément aux dispositions des articles 1, 3 et 4 du présent Accord, jusqu'à la frontière de la Partie contractante requise, de même que les coûts du transit visés à l'article 8 du présent Accord, sont à la charge de la Partie contractante requérante. Il en est de même dans les cas de réadmission au sens du paragraphe 2 de l'article premier et de l'article 7.

TITRE VI. PROTECTION DES DONNÉES

Article 11

1. Les renseignements personnels qui doivent être transmis aux fins de l'application du présent Accord doivent concerner exclusivement:

a) l'identité des personnes à remettre et, le cas échéant, des membres de leur famille (nom de famille, le cas échéant patronyme, prénoms, éventuellement nom antérieur, surnoms ou pseudonymes, nom d'emprunt, date de naissance et lieu de naissance, sexe, nationalité actuelle et, le cas échéant, antérieure);

b) le passeport, la carte d'identité, les autres documents d'identité ou de voyage et les laissez-passer (numéro, durée de validité, date de délivrance, autorité ayant délivré le document, lieu de délivrance);

c) les autres informations nécessaires pour identifier la personne à remettre;

d) le lieu de séjour et l'itinéraire;

e) les titres de séjour ou visas délivrés à l'intéressé;

f) les éléments d'identification officielle éventuellement existants qui peuvent être utiles pour vérifier les conditions de remise au sens du présent Accord.

2. Les dispositions ci-après s'appliquent aux renseignements personnels fournis dans le cadre du présent Accord sous réserve du respect de la législation en vigueur de chacune des Parties contractantes:

a) Le destinataire ne peut utiliser ces données qu'aux fins indiquées et aux conditions prescrites par les autorités qui les ont fournies;

b) Le destinataire informe les autorités qui ont fourni les données, à leur demande, de l'usage qui en est fait et des résultats qu'elles ont permis d'obtenir;

c) Les renseignements personnels ne peuvent être communiqués qu'aux organes compétents. Ils ne peuvent être ensuite communiqués à d'autres organes qu'après accord préalable de l'organe qui les a fournis;

d) Les autorités qui communiquent les renseignements sont tenues de veiller à l'exactitude de ceux-ci et de s'assurer qu'ils sont nécessaires et concernent l'objet de la communication. Ce faisant, elles sont tenues de respecter les interdictions de divulgation prévues par le droit national applicable dans chaque cas. S'il apparaît qu'ont été communiqués des données inexactes ou qui n'auraient pas dû l'être, le destinataire doit en être averti sans retard. Il est tenu de procéder à la rectification des renseignements ou à leur destruction;

e) Les autorités qui communiquent les données et celles qui les reçoivent sont tenues de consigner la communication et la réception des renseignements;

f) Les autorités qui communiquent les données et celles qui les reçoivent sont tenues de protéger efficacement les renseignements d'ordre personnel de sorte qu'ils ne puissent être consultés, modifiés ou communiqués sans autorisation;

g) Les renseignements communiqués qui sont détruits par les autorités les ayant fournis doivent aussi être détruits dans les six mois par les destinataires.

TITRE VII. DISPOSITION D'APPLICATION DU PRÉSENT ACCORD

Article 12

Un protocole d'application du présent Accord définira les autres règles nécessaires à l'application du présent Accord concernant:

- a) les modalités de notification réciproque et les règles pratiques à cette fin;
- b) les renseignements qui doivent être contenus dans les demandes d'admission et de transit;
- c) les pièces et les éléments de preuve ou éléments établissant la plausibilité, nécessaires à la remise et la valeur à accorder à ces éléments;
- d) les organes compétents pour appliquer le présent Accord;
- e) les modalités de règlement des coûts;
- f) les consultations d'experts.

TITRE VIII. DISPOSITIONS FINALES

Article 13

Les Parties contractantes s'entraideront pour l'application et l'interprétation du présent Accord et du Protocole de mise en oeuvre. Les différends provenant de l'application et de l'interprétation de cet Accord seront réglés par la voie diplomatique.

Article 14

Les dispositions du présent Accord ne modifient en rien les engagements qui résultent pour les Parties contractantes de l'application d'autres conventions de droit international.

Article 15

1. Le présent Accord entrera en vigueur 60 jours après celui au cours duquel les Parties contractantes se sont informées par la voie diplomatique que les formalités nationales respectives, nécessaires pour son entrée en vigueur ont été remplies.

2. Lors de l'entrée en vigueur du présent Accord, l'Accord entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République tchèque et slovaque concernant l'admission des personnes à la frontière, signé à Prague le 26 août 1991, conformément aux relations réciproques entre le Gouvernement de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République slovaque, devient caduc.

Article 16

1. Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être amendé ou modifié par accord mutuel des Parties contractantes.

2. Chacune des Parties contractantes peut dénoncer le présent Accord par la voie diplomatique. La dénonciation entre en vigueur le premier jour du mois suivant celui durant lequel la notification est reçue par l'autre Partie contractante.

3. Chacune des Parties contractantes peut suspendre le présent Accord pour des raisons de sécurité, de santé ou d'ordre public. La suspension, qui se fait par la voie diplomatique, entre en vigueur à la date de réception de la notification.

Fait à Vienne le 20 juin 2002 en deux exemplaires originaux, en langues allemande et slovaque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche :

STRASSER, MP

Pour le Gouvernement de la République Slovaque :

SIMKO, MP

PROTOCOLE POUR L'APPLICATION DE L'ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT FÉDÉRAL DE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE SLOVAQUE CONCERNANT LA RÉADMISSION DES PERSONNES RÉSIDANT SANS AUTORISATION DE SÉJOUR (ACCORD DE RÉADMISSION)

Sur la base de l'Article 12 de l'Accord entre le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche et le Gouvernement de la République slovaque concernant la réadmission des personnes résidant sans autorisation de séjour (ci-après dénommé Accord de réadmission), le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République slovaque conviennent de ce qui suit:

I. S'agissant de l'article premier

I. La preuve de la nationalité ou de l'ancienne nationalité peut être apportée par:

- des documents prouvant la citoyenneté;
- des passeports de tous types (passeports nationaux, passeports collectifs, passeports diplomatiques, passeports de service, documents remplaçant les passeports);
- identification personnelle;
- passeports militaires et livret militaire individuel;
- documents émis officiellement prouvant la nationalité.

2. Sur présentation de la preuve concrète mentionnée au paragraphe I, la nationalité sera considérée comme étant prouvée sans qu'il soit besoin d'une enquête plus approfondie.

3. L'authentification de la nationalité peut être réalisée par:

- des copies de preuves mentionnées au paragraphe 1;
- les permis de conduire;
- les certificats de naissance;
- les livrets d'inscription maritime;
- des copies des documents déjà mentionnés;
- des témoignages vérifiables;
- une comparution vérifiable de la personne en question;
- la langue de l'intéressé.

4. En cas d'authentification, la nationalité est considérée par les Parties contractantes comme étant établie tant que la Partie contractante requise ne l'a pas réfutée.

5. Les documents mentionnés aux paragraphes 1 et 3 sont également considérés comme suffisants pour prouver ou authentifier la nationalité, même s'ils ne sont plus valides en raison de leur expiration.

6. Si la Partie contractante requérante renvoie une personne parce qu'il a été établi par la suite que l'intéressé n'avait pas la nationalité de la Partie contractante requise, cette dernière doit alors retourner à la Partie contractante requérante tous les documents appartenant à l'intéressé.

II. S'agissant de l'article 2, paragraphe 1

La demande relative à l'établissement de la nationalité, mises à part les données personnelles, doit, le cas échéant, contenir les renseignements suivants:

- informations nécessaires pour établir la nationalité;
- informations concernant tout besoin spécifique d'assistance, d'hospitalisation, de traitements ou de soins d'invalidité résultant de la maladie ou de l'âge de la personne qui doit être transférée, avec son approbation;
- toutes autres mesures de protection ou de sécurité nécessaires pour le transfert dans un cas individuel.

III. S'agissant de l'article 4, paragraphe 1

1. La demande de réadmission doit contenir des renseignements concernant la preuve ou l'authentification de la résidence sur le territoire national de la Partie contractante requise ou le transit à travers ce territoire et si possible les renseignements complémentaires suivants:

- les données personnelles de la personne devant être transférée (prénom et nom patronymique, noms précédents, surnoms, date et lieu de naissance, sexe, nationalité, dernier lieu de résidence dans l'État d'origine);
- documents personnels (et notamment type, numéro, lieu, date, organisme d'émission et période de validité);
- jour, lieu et manière de l'entrée illégale;
- renseignements concernant le séjour illégal;
- renseignements concernant tout besoin spécifique d'assistance, d'hospitalisation ou de soins d'invalidité résultant d'une maladie ou de l'âge de la personne devant être transférée, avec son accord;
- toutes autres mesures de protection ou de sécurité nécessaires dans les cas individuels de réadmission et, dans le cas où un accompagnement est nécessaire, renseignements concernant ce dernier;
- langue de la personne à transférer, et notamment nécessité de recourir aux services d'un interprète;
- date et lieu du transfert prévu.

2. La résidence sur le territoire de la Partie contractante requise, ou le transit à travers ce territoire est prouvé par les moyens suivants:

- un visa valide ou un visa qui a expiré moins d'un an auparavant, ou un permis de séjour valide ou un permis qui a expiré moins d'une année auparavant, délivré par la Partie contractante requise;
- un cachet prouvant l'entrée ou la sortie du territoire de la Partie contractante requise, même s'il a été posé sur un document de voyage qui est un faux ou a été falsifié;
- billets d'avion, confirmations et factures qui prouvent clairement le séjour de la personne sur le territoire de la Partie contractante requise;
- autres annotations de la Partie contractante requise sur les documents de voyage qui fournissent des indications sur le séjour.

La preuve qui a été établie de cette manière est considérée par les Parties contractantes comme incontestable, sans qu'il soit besoin d'enquête supplémentaire.

3. La résidence sur le territoire national de la Partie contractante requise ou le transit à travers ce territoire est authentifié de la façon suivante:

- un visa valide ou un visa qui a expiré moins d'un an auparavant, ou un permis de séjour valide ou un permis qui a expiré moins d'un an auparavant, émanant de la Partie contractante requise;
- des billets et autres preuves liées concrètement au prétendu séjour sur le territoire national de la Partie contractante requise;
- des témoignages crédibles concernant un signature officielle;
- des déclarations crédibles de la personne en question relatives à une signature officielle.

L'authentification qui est entreprise de cette manière est considérée par les Parties contractantes comme établie, à condition que la Partie contractante requise ne réfute pas cette théorie.

4. Les Parties contractantes se communiquent le nom des autorités compétentes pour traiter les demandes concernant le logement et démarches pour la réadmission. A l'heure actuelle, les autorités compétentes sont les suivantes:

Pour la Partie autrichienne:

la Direction de la sécurité du Land de Basse-Autriche
Landstrasser Hauptstrasse 148a
A-1030 Vienne

Pour la Partie slovaque:

le Département de la police des frontières et des étrangers à Bratislava
Spitalska 14
812 28 Bratislava

5. Pour le règlement des différends en matière de réadmission, les autorités compétentes sont actuellement les suivantes:

Pour la Partie autrichienne:

le Ministère fédéral de l'intérieur, Département III/16
Boîte postale 100
A-1040 Vienne

Pour la Partie slovaque;

Services de la police des frontières et des étrangers de la Direction du Département de la police

Vajnorska 25

812 72 Bratislava

6. Pour les demandes de logement et de traitement, les Parties contractantes utiliseront des formulaires qui ont été mis au point d'un commun accord et dont le contenu a été approuvé par des experts des deux Parties contractantes.

7. La réadmission de ressortissants de pays tiers et d'apatrides aura lieu aux points de transit suivants:

- Berg-Petrzalka
- Kittsee-Jarovce (route nationale)

IV. S'agissant de l'article 4, paragraphe 2

La réadmission sans formalités a lieu après notification préalable aux points de transit frontalier mentionnés au paragraphe 7 de la Section III.

V. S'agissant de l'article 6

1. La remise a lieu à l'endroit et à l'heure convenus entre les Parties contractantes.

2. Dans le cas d'une prolongation du délai à la suite d'obstacles juridiques ou pratiques, la Partie contractante requérante fournissant les informations concernant le lieu et l'heure de la remise prévue informe la Partie contractante requise sans retard dès que les obstacles ont été surmontés.

3. La remise, une fois effectuée, est consignée dans un protocole de réadmission.

VI. S'agissant de l'article 7

Si la Partie contractante requérante, sur la base d'une demande justifiée de la Partie contractante requise, reprend une personne parce qu'il a été par la suite établi que les conditions préalables à la remise n'existaient pas, tous les documents relatifs à cette personne doivent être retournés à la Partie contractante requérante.

VII. S'agissant de l'article 8

1. La demande de transit doit si possible contenir les renseignements suivants:

- renseignements personnels concernant la personne qui doit bénéficier d'un transit (notamment prénom et nom patronymique, noms anciens, surnoms, lieu et date de naissance, sexe, nationalité, dernier lieu de résidence dans l'État d'origine;
- documents personnels (notamment type, numéro et période de validité);
- déclaration suivant laquelle les conditions énumérées au paragraphe 1 de l'article 8 de l'Accord de réadmission sont remplies et qu'il n'existe aucune raison connue de refus, conformément au paragraphe 2 de l'article 8 de l'Accord de réadmission;
- demande d'assistance spéciale pour soins médicaux ou soins d'invalidité en raison d'une maladie ou de l'âge de la personne devant bénéficier d'un transit, avec son accord;
- toutes autres mesures de protection ou de sécurité nécessaires dans les cas individuels; dans le cas d'un accompagnement, renseignements concernant le personnel chargé de cette mission;
- date, heure et lieu du transit, ainsi que les autres routes de transit.

2. La Partie contractante requise communiquera immédiatement avec la Partie contractante requérante pour confirmer la date, l'heure et le lieu concernant la remise ou le transit ou concernant le refus de la remise et les raisons de ce dernier.

3. La remise une fois menée à bien, ou la surveillance exercée pendant l'escale, sont consignées dans un protocole.

4. Les Parties contractantes se communiquent le nom des organismes compétents pour le traitement des demandes de transit (logement et soins divers). Actuellement, ces organismes sont les suivants:

Pour la Partie autrichienne:

le Ministère fédéral de l'intérieur, Département III/16,
Boîte postale 100
A-1040 Vienne

Pour la Partie slovaque:

Services de la police des frontières et des étrangers de la Direction du Département de la police

Vajnorska 25
812 72 Bratislava

5. Pour l'établissement de logement et de soins divers, les Parties contractantes utiliseront des formulaires établis d'un commun accord et dont le contenu a été approuvé par les experts des deux Parties contractantes.

VIII. S'agissant de l'article 10

Les frais seront remboursés au Ministère de l'intérieur de la Partie contractante requise dans les 60 jours qui suivent la réception de l'état des dépenses.

IX. Consultations d'experts

Les experts des deux Parties contractantes se réuniront, le cas échéant, pour étudier les questions de l'application de l'Accord de réadmission et du présent Protocole, ainsi que pour toute modification du présent Accord. Le jour et la date de ces réunions seront dans chaque cas décidés d'un commun accord.

X. Dispositions finales

1. Le présent Protocole entrera en vigueur en même temps que l'Accord de réadmission. Il peut être modifié à tout moment par consentement mutuel.

2. La dénonciation de l'Accord de réadmission entraîne simultanément celle du présent Protocole.

Fait à Vienne le 20 juin 2002, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et slovaque, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement fédéral autrichien :

STRASSER MP

Pour le Gouvernement de la République slovaque:

SIMKO MP

